



Um Wee zu méi Biergerbedeelegung

Charte communale d'information et de participation citoyenne

Eng Charta fir méi Biergerbedeelegung: um Wee fir e Méi un Demokratie

Bürgerbeteiligung ist ein Begriff, der in aller Munde ist.

Dies aus gutem Grund: eine gute Bürgerbeteiligung erlaubt, das Wissen von breiteren Bevölkerungskreisen einzubeziehen, erhöht die Akzeptanz von Projekten, schafft Vertrauen zwischen Politik und BürgerInnen, trägt dazu bei, Polemiken zu vermeiden u.a.m.

Bürgerbeteiligung ermöglicht aber vor allem auch, Menschen verschiedener Bevölkerungsgruppen und Interessengebiete zusammen zu bringen, gewährleistet einen Austausch zwischen ihnen und fördert somit auch die soziale Kohäsion.

Kommt hinzu: Unsere Gesellschaft steht derzeit vor gewaltigen Herausforderungen: Um die Zukunftsfähigkeit des Planeten zu sichern, lebenswerte Bedingungen für die kommenden Generationen zu erhalten... müssen wir unseren Lebensstil hinterfragen und bereit sein neue Wege zu gehen. Eine nachhaltige Entwicklung, weniger Konsum, eine Infragestellung des materiellen Wachstums, ein größerer Stellenwert von Sozialkontakten - kann zu mehr Lebensqualität im Alltag und zu einer größeren Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft beitragen.

Dieser Umbruch der Gesellschaft erfordert einen breiten Konsens darüber, wie wir morgen leben wollen, wie wir auf der lokalen, regionalen und nationalen Ebene den verfügbaren Raum sowie die natürlichen Ressourcen nutzen wollen. Die Gefahr ist jedoch groß, dass dieser Konsens im klassischen Politikbetrieb nur begrenzt herbei geführt wird, Diskussionen über diese z.T. sehr komplexen Fragen werden z.B. eher in geschlossenen „Zirkeln“ geführt, von denen bestimmte Teile der Bevölkerung ausgeschlossen bleiben. Oder aber, es wird nicht genug Wert darauf gelegt, wie man verstärkt Verständnis für die Perspektive von anderen fördert und so eine Annäherung unterschiedlicher Standpunkte herbeiführen kann. Die Zukunft kann wohl nur dann nachhaltig gestaltet werden, wenn gemeinsam aufgrund von nachvollziehbaren Fakten über mögliche Zukunftsszenarien diskutiert sowie ein Perspektivenwechsel vollzogen wird. Mehr „bottom up“ stellt eine Bereicherung für unsere Gesellschaft dar!

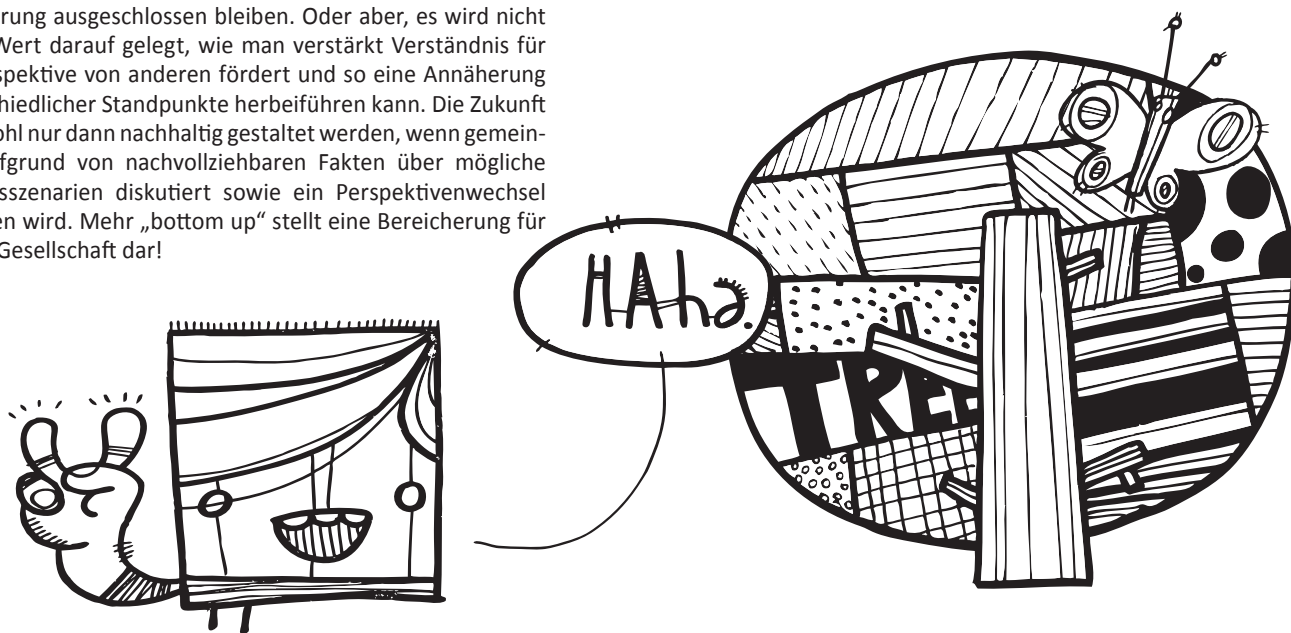
Aus diesen Gründen haben Gemeinden in anderen Ländern, so in Frankreich, Deutschland und Österreich, mit der Verabschiedung einer Charta zur Bürgerbeteiligung ein wichtiges Signal gesetzt: Durch die Unterzeichnung einer Charta erkennen sie die Chancen an, die in einer verstärkten Beteiligung liegen und verpflichten sich, diese bestmöglich zu organisieren!

Der Mouvement Ecologique möchte die Luxemburger Gemeinden anregen, einen ähnlichen Weg zu gehen und schlägt deshalb eine „Charte d'information et de participation citoyenne“ vor.

Sie finden in der vorliegenden Veröffentlichung Informationen und Argumente dazu sowie eine modellhafte Vorlage. Wir hoffen, dass auch Ihre Gemeinde die Charta – in dieser oder einer abgeänderten Form – unterzeichnet und wären Ihnen verbunden, uns eine entsprechende Rückmeldung zu geben.

Die Liste der Unterzeichner wird veröffentlicht werden. Als Mouvement Ecologique werden wir uns bemühen, Ihnen konkrete Tipps zur Bürgerbeteiligung zu geben und über „best practice“ zu berichten.

Generelle Infos des Mouvement Ecologique zur Gemeindepolitik finden Sie auf www.gemengewalen.lu. Interessante Bücher zum Thema finden Sie im Übrigen auch in der Mediathek „Oekobib“ des Oekozer Pafendall. Eine online-Einsicht der verfügbaren Veröffentlichungen ist auf der Internetseite www.oekobib.lu möglich.



erausgi vum Mouvement Ecologique asbl Lëtzebuerg / Tel. 43 90 30-1 / Fax 43 90 30-43 / CCPL: LU16 1111 0392 1729 0000
e-mail: meco@oeko.lu / www.meco.lu / Gréngen Telefon: 43 90 30-1 - Fir Member ze ginn: weider Infoen op www.meco.lu.

Sekretariat: 6, rue Vauban (Pafendall) – L - 2663 Lëtzebuerg

Bürgerbeteiligung: Von Vorteil für alle!

Der Begriff Bürgerbeteiligung („Partizipation“) bezeichnet die Beteiligung von BürgerInnen an politischen Entscheidungen, Projekten und Planungsprozessen.

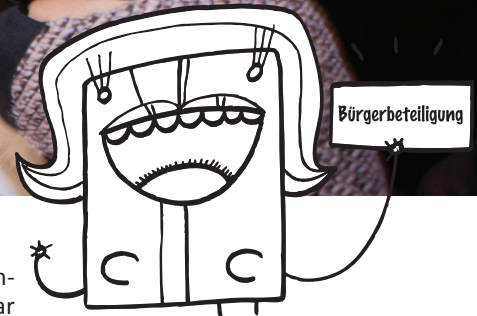
Zahlreiche Gründe sprechen für eine gut gestaltete Bürgerbeteiligung, vor allem in den Gemeinden:

- **Das Wissen der BürgerInnen nutzen:** BürgerInnen haben Kompetenzen, sei es aufgrund ihrer Lebenserfahrung, ihres Alltagserlebens, ihrer Bildung Es wäre schlichtweg widersinnig, dieses Wissen nicht zu nutzen.
- **Lebendige Demokratie und gesellschaftliches Engagement fördern:** Beteiligung schafft neue Formen der Mitwirkung, auch von jenen BürgerInnen, die parteipolitisch nicht aktiv sind.
- **Politisch Verantwortliche entlasten und gegenseitiges Lernen ermöglichen:** Die Zeiten sollten vorbei sein, wo auf Gemeindeebene der Schöffenrat die alleinige Verantwortung für ein Projekt tragen und dafür einstehen muss. Sicherlich: den gewählten Vertretern obliegt die Endentscheidung bei einem Projekt / einem Planungsprozess, vieles spricht jedoch für eine Einbeziehung von BürgerInnen im Vorfeld. Eine solche Vorgehensweise schafft zudem Vertrauen in die Politik und erhöht deren Legitimation. Dabei lernen Politiker und BürgerInnen ebenfalls verstärkt gemeinsam, sich mit den Standpunkten Anderer auseinander zu setzen, ggf. auch deren Zwänge zu verstehen und eine lebendige Demokratie zu gestalten.
- **Akzeptanz und Identifikation mit Projekten erhöhen:** Die Beteiligung kann auch dazu beitragen, dass sich BürgerInnen mit einem Projekt stärker identifizieren, dieses auf größere Akzeptanz stößt, u.a. da die Betroffenen ihre Meinung einbringen konnten und letztlich die Gründe für das „Warum“ einer Entscheidung von einer größeren Anzahl von BürgerInnen nachvollzogen werden können.
- **Konflikte vermeiden oder zumindest reduzieren:** Ein offener Austausch, die Möglichkeit sich einzubringen, das Nachvollziehen von Entscheidungsprozessen... führen dazu, dass - auch wenn nicht immer Einigkeit in allen Punkten erreicht werden kann - zumindest Konflikte vermieden oder aber minimiert werden können. Dadurch, dass Ar-

gumente der „Gegenseite“ nachvollziehbar werden, können Spannungsfelder abgebaut und Polarisierungen vermieden werden.

- **Breite Bevölkerungsschichten einbinden / einen Austausch zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ermöglichen:** Bei klassischen politischen Prozessen werden längst nicht mehr alle Bevölkerungsschichten angesprochen; auch der Austausch zwischen Politik und BürgerInnen sowie innerhalb der Bevölkerung ist vielfach nur bedingt gegeben. Gute Bürgerbeteiligung fördert diesen Austausch und die Mitwirkung von verschiedensten Zielgruppen, auch denjenigen, die sich vielleicht normalerweise weniger einbringen oder solchen, die ansonsten evtl. weniger Gehör mit ihren Anliegen finden.
- **Planungssicherheit erhöhen und ggf. auch Zeitverzögerungen durch fehlende Akzeptanz verhindern:** Wenn BürgerInnen erst in der Endphase eines Projektes lediglich noch „Beschwerden“ einreichen können, riskiert ein Projekt ggf. am Ende einer langen Planungsphase auf großen Protest zu stoßen: Polemik und Streitigkeiten, die für alle Seiten belastend sind, sind vorprogrammiert. Dies ist verbunden mit einem entsprechenden Verlust an Zeit und einer fraglichen Umsetzung. Ein möglichst früh ansetzender Beteiligungsprozess kann dafür sorgen, dass nicht im Nachhinein derartige Streitigkeiten entstehen. Die für die Bürgerbeteiligung notwendige Zeit wird somit letztlich zu einer gewonnenen Zeit aus der Sicht des Projektes.

Beteiligung weckt Interesse an der Gemeinde; an anderen Ideen; an Menschen; an einem Perspektivwechsel; am Lernen durch das Wissen von vielen; am Austausch mit Menschen, denen man „normalerweise“ nicht begegnet; gibt Impulse; hilft Ängste und Vorurteile abzubauen, Clichés aufzubrechen; trägt dazu bei über Zukunftsfragen zu diskutieren; Bürgerengagement zu stärken ... und gemeinsam die Zukunft zu gestalten.



Voraussetzungen für eine gelungene Bürgerbeteiligung

Damit eine Bürgerbeteiligung gelingen kann, müssen bestimmte Grundvoraussetzungen erfüllt sein:

1. Ehrliches Bekenntnis der politisch Verantwortlichen zur Bürgerbeteiligung

Die Gemeindeverantwortlichen müssen einen offenen Beteiligungsprozess auch ehrlich wollen und hinter dem Prinzip stehen. Dies bedeutet ggf. auch gewisse Einstellungen ihrerseits zu hinterfragen.

2. Frage des „Warum“ der Beteiligung klären

Es ist zentral, dass sich die Politik bewusst ist, warum sie beteiligen will. Um Akzeptanz für ein Projekt zu schaffen? Um ein Projekt zu verbessern? Je nachdem wie diese Antworten ausfallen, kann die Bürgerbeteiligung auch anders organisiert werden oder die Beteiligung auf bestimmte Kreise von BürgerInnen ausgerichtet sein.

3. Klären, um was es bei der Beteiligung reell geht - klare Fragestellung definieren

Wesentlich ist, dass die Fragestellung sehr klar und für den Bürger ansprechend formuliert ist. Zu abstrakte, zu generell formulierte Fragen schrecken ab und motivieren nicht unbedingt zur Mitarbeit. Das Ziel des Prozesses muss deutlich dargelegt werden, so konkret wie möglich für BürgerInnen nachvollziehbar sein und an deren Lebenswelten anknüpfen.

4. Beteiligung braucht einen Zeitplan - verlässliches „Feedback“ gewährleisten

Es ist unerlässlich, während des gesamten Prozesses eine breite Kommunikation zu gewährleisten. Diese muss zu Beginn ansetzen, benötigt aber eine regelmäßige Berichterstattung über den Verlauf des Prozesses und muss alle relevanten Informationen, auch über die verschiedenen Aussagen die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gemacht wurden, beinhalten. Es versteht sich von selbst, dass eine Gruppe von Personen - eine Art Steering-Gruppe - zusammengesetzt werden muss, die den gesamten Prozess begleitet und gewährleistet.

5. Frühzeitig mit der Bürgerbeteiligung ansetzen

Beteiligung „kann zu spät“ kommen und dann kontraproduktiv sein, weil BürgerInnen das Gefühl haben, alles sei eh schon entschieden. Es gilt somit frühestmöglich damit anzusetzen: dies zu einem Zeitpunkt, wenn der Prozess noch recht offen ist und vor allem auch nicht bereits Spannungen aufgetreten sind.

6. Offenheit der Beteiligung benennen

Nicht immer ist der Beteiligungsprozess aber noch **völlig** offen; häufig gibt es gewisse Rahmenbedingungen oder Grundsatzentscheidungen, die nicht mehr hinterfragt werden können / sollen. Z.B. gibt es wohl des öfteren einen finanziellen Rahmen der nicht gesprengt werden kann oder aber es gibt politische Leitlinien der Gemeinde (z.B. kein Ausbau des Individualverkehrs), die nicht in Frage gestellt werden sollen. Auch diese „Vorgaben“ der Gemeinden sollten im Vorfeld offen benannt werden.

7. Transparenz in den Fakten sichern

Bürgerbeteiligung setzt voraus, dass alle Fakten offen dargelegt werden und ein fairer Dialog auf gemeinsamer Augenhöhe möglich ist. Die BürgerInnen müssen deshalb über die notwendigen objektiven Grunddaten, fachlichen Analysen usw. verfügen, die ihnen einen vergleichbaren Wissensstand mit den Politikern ermöglichen. Bürgerbeteiligung braucht - neben jeder Kreativität - auch eine Auseinandersetzung mit nachvollziehbaren Fakten.

8. Bewusst entscheiden, wer beteiligt werden soll

Es gilt bewusst zu entscheiden, welche BürgerInnen bzw. Zielgruppen primär eingebunden werden sollen und wie diese sehr gezielt angesprochen werden können.

9. Angemessene Form der Beteiligung finden

Wenn man weiß, wen man beteiligen will, ergibt sich auch, wie der Prozess am Besten gestaltet werden soll, um diese Personen auch zu erreichen. Es ist zielführend, unterschiedliche Beteiligungsformen einzusetzen, die es erlauben unterschiedliche Bevölkerungskreise / Interessenvertreter zu erreichen und sicherzustellen, dass die verschiedenen Belange zu Wort kommen.

10. Unabhängige Moderation / Begleitung des Prozesses gewährleisten

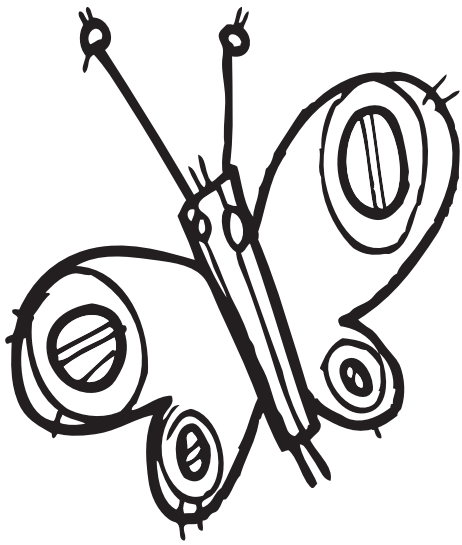
Beteiligung kann nicht von den politisch Verantwortlichen selbst moderiert werden, auch nicht oder nur sehr begrenzt von einem mit dem Projekt selbst befassten Studienbüro. Sinnvoll ist die Moderation / die Organisation des Prozesses - falls nur möglich - Akteuren zu übergeben, die im Entscheidungsprozess selbst keine Rolle spielen. Dabei kann die Moderation auch von Akteuren aus der Region erfolgen (z.B. auch von Journalisten oder anderen qualifizierten Personen); die Entwicklung und Begleitung des gesamten Prozesses sollte aber - vor allem bei größeren Projekten - auch von im Beteiligungsprozess qualifizierten Akteuren erfolgen.

11. Kommunikation des Prozesses - der Entscheidung

Die Ergebnisse in den verschiedenen Phasen der Beteiligung müssen mit geeigneten Mitteln (u.a. via Internet) kommuniziert werden, ebenso wie die Elemente, die zu dieser Entscheidung geführt haben.

12. Keine „one shot“-Aktion - Beteiligung braucht einen Prozess und Kontinuität

Bürgerbeteiligung zu einem Projekt kann sich nicht auf eine einzelne Veranstaltung reduzieren, sondern setzt in der Regel einen Prozess voraus, der sich über mehrere Phasen hinzieht. D.h. von Anfang an bis zur Entscheidungsfindung eines Projektes sollte die Bürgerbeteiligung stattfinden, immer wieder eine Rückkoppelung zu den teilnehmenden BürgerInnen an der Entwicklung des Projektes erfolgen und die Resultate auch transparent dargelegt werden.



Es war einmal das Bild von zwei Lagern... hier die Gemeinde - dort die BürgerInnen! Auf der einen Seite die guten, auf der anderen Seite ... Diese Sichtweise sollte der Vergangenheit angehören. Bürgerbeteiligung setzt auch gegenseitigen Respekt voraus, das Vertrauen, dass jeder es ehrlich meint und die Offenheit sich verschiedene Standpunkte anzuhören. Diese verschiedenen Sichtweisen sind selten zwischen Gemeinde und „der“ Bevölkerung, verschiedene Sichtweisen gibt es nämlich innerhalb der Gemeinden und der BürgerInnen. Das spannende ist ja gerade, diese auszutauschen... im Allgemeininteresse.

Die Kunst liegt darin, auch komplexe Fragen alltagsnah aufzubereiten. Gute Experten zeichnen sich auch dadurch aus, dass es ihnen gelingt, komplexe Sachverhalte verständlich darzulegen.



Grenzen der Bürgerbeteiligung

Man sollte die Welt nicht durch die bekannte „rosarote Brille“ sehen: nicht immer ist Bürgerbeteiligung angebracht, nicht immer bringt sie einen Mehrwert...

Nicht immer ist eine Beteiligung sinnvoll: Beteiligung ist kein Selbstzweck, sie soll nur dann erfolgen, wenn man sich wirklich einen Gewinn, einen Mehrwert - welcher Art auch immer - erwarten kann.

Es wird immer Meinungsdivergenzen geben: Vorurteile und Vorbehalte können durch die Beteiligung abgebaut, unterschiedliche Standpunkte ausgetauscht werden u.a.m. Aber: es wird immer auch gegensätzliche Standpunkte geben, es werden auch immer Eigeninteressen mitspielen. Schlussendlich ist es an der Politik, die Entscheidung zu treffen, jedoch auf einer anderen Grundlage als ohne Beteiligungsprozess.

Es können nie alle eingebunden werden: So manch einer hat schlichtweg keine Zeit oder keine Lust mitzuwirken. Auch gut. Das ist sein Recht! Deshalb ist es wichtig von vorneherein zu regeln, wer eingebunden werden soll.

Das „Beteiligungsparadoxon“

Verantwortliche kennen das. Ein Plan liegt aus, BürgerInnen können ihn einsehen, doch kaum einer kommt. Der Plan kommt in die Umsetzung, verschiedene EinwohnerInnen gehen auf die Barrikaden. Schlechter Wille? Nein.

Es ist normal, dass das Interesse der BürgerInnen eher dann geweckt ist, wenn es konkret, praktisch wird und BürgerInnen den Eindruck haben, jetzt würde es „Ernst“, wobei ihre Einmischung doch eher zu Beginn der Planung notwendig gewesen wäre. Gute Beteiligungsformen brechen diesen Widerspruch. Beispiel: der Plan wird nicht nur ausgelegt, sondern: es werden gezielt Beteiligungsformen gesucht, damit die BürgerInnen sich betroffen fühlen und eine reelle Beteiligung erfolgt.



Stichwort: aufsuchende Bürgerbeteiligung

Häufig sind Organisatoren von Beteiligungsprozessen enttäuscht, wenn nicht ausreichend Leute kommen. Aber: wenn einem die Meinung von BürgerInnen wirklich wichtig ist, so muss man diese ggf. aufsuchen bzw. Wege und Mittel finden, um sie zu motivieren.

Es kann z.B. gut sein, dass der Historiker der Gemeinde nicht gerne zu einer Infoversammlung kommt. Ist er aber wichtig für das Verständnis der Siedlungsentwicklung, dann sollte mit ihm ein Schlüsselgespräch geführt werden.

Oder: die Bevölkerung eines Viertels kommt kaum zu Infoveranstaltungen in der Gemeinde, vielleicht auch weil sie in ihrem Berufsleben keine derartigen Sitzungen kennen und sich nicht „trauen“. Warum nicht zu ihr in das Viertel hineingehen, ggf. dortige Vereine ansprechen und z.B. eine Führung mit Diskussion durch das Viertel mit diesen organisieren?

Menschen sind verschieden: Die einen nehmen gerne an Sitzungen teil, andere hingegen fühlen sich bei einer Besichtigung wohler... Die einen sind Diskussionen gewöhnt, andere nicht. Verschiedene Menschen melden sich gerne zu Wort, andere sind zurückhaltender. Manch einer, ist sich der Bedeutung seiner Meinung bewusst, andere müssen motiviert und überzeugt werden, dass auch ihre Einstellung gefragt ist. Eine gute Beteiligung weiß die verschiedenen Menschen mit ihren verschiedenen Eigenarten gezielt einzubeziehen und ist spezifisch auf sie ausgerichtet.

„Natürlich vertraue ich meinem fachlichen Urteil (und bilde mir auch ein, dass ich manches zutreffender einschätzen kann als andere Beteiligte) aber was hilft es wenn dieses Urteil nicht geteilt wird. Daher bin ich für radikal offene Prozesse.“ (Aussage eines zuständigen Experten)

Bedenken gegenüber der Bürgerbeteiligung

Während die einen die Bürgerbeteiligung als „Must“ ansehen, sind andere skeptisch, was sie wirklich bringt. Auch wenn sich kaum einer ehrlich gegen Bürgerbeteiligung ausspricht, so gibt es doch so manche Bedenken. Auf einige der gängigeren Argumente sei im Folgenden eingegangen:

Bedenken 1: Es sind immer die gleichen, die sich zu Wort melden

Es wird immer Personen geben, die sich eher oder mehr äußern als andere. Ziel einer guten Bürgerbeteiligung muss sein, die Instrumente gezielt einzusetzen, die es erlauben jene BürgerInnen anzusprechen, die man besonders an diesem Prozess beteiligen will... und dann muss man diese ggf bewusst aufsuchen und ansprechen. Geeignete Moderationstechniken, aber auch verschiedene Formen der Beteiligung (z.B. nicht nur Versammlung, sondern auch z.B. Ortsbegehungen), können dies sicherstellen, bzw. fördern, dass breitere Bevölkerungskreise teilnehmen.

Bedenken 2: BürgerInnen setzen sich zu sehr für Ihre Privat- statt für Allgemeininteressen ein

Dass sich BürgerInnen für ihre Interessen einsetzen, ist absolut legitim! Es ist sogar begrüßenswert, wenn Menschen sich für ihr Lebensumfeld einsetzen. Wichtig ist aber, dass bei der Entscheidung das Partikularinteresse nicht im Widerspruch zum Allgemeininteresse steht. Eine Bürgerbeteiligung ist dabei sogar ein sehr geeignetes Mittel, damit dank der Gruppendynamik eventuell problematische Eigeninteressen auch als solche identifiziert und eine Lösung im Sinne der Allgemeinheit gefunden wird... Außerdem sollte man BürgerInnen nicht unterschätzen...

Übrigens: in einem gut gestalteten Prozess werden die Eigeninteressen zudem offen benannt und verstecken sich nicht hinter Interessen in Bezug auf das Allgemeinwohl (z.b: „keine Bebauung neben mir aus Naturschutzgründen“, wenn es darum geht, selbst nahe an der Grünzone wohnen zu wollen).

Bedenken 3: Bürgerbeteiligung schwächt die Rolle der gewählten Vertreter, auch des Gemeinderates

Sicherlich, es fließen mehr Meinungen in eine Entscheidung ein. Aber: stellt dies wirklich eine Schwächung der politisch Verantwortlichen dar? Eher nicht. Sie erhalten im Gegenzug eine höhere Legitimierung und ein Mehr an Wissen im Hinblick auf die politische Entscheidung, die ihnen in der Endphase weiterhin obliegt. Wenn man politische „Macht“ als reine Umsetzung seiner eigenen Überzeugung definiert, verlieren Politiker sicher an Möglichkeiten. Wenn man politische „Macht“ jedoch als Chance sieht, Entscheidungen im Sinne der Allgemeinheit und mit hoher Akzeptanz zu treffen, bringt Bürgerbeteiligung auch und gerade der Politik einen hohen Mehrwert. Denn man soll nie vergessen: Bürgerbeteiligung ist ein Instrument der Meinungsbildung - die Entscheidung liegt nach wie vor bei den gewählten VertreterInnen.

Bedenken 4: Die Bürger behaupten zwar, sie würden gerne beteiligt werden, dies stimmt aber in Wirklichkeit nicht

Nicht alle BürgerInnen interessieren sich für eine Beteiligung. Es dürften deren sogar weitaus mehr sein, als man vielleicht denkt. Nur: es gibt in Luxemburg keine wirkliche Beteiligungs-

kultur. Diese muss konsequent auf- und ausgebaut werden. Dort wo Vertrauen geschaffen wird, dass das Mitwirken auch ernst genommen wird, nimmt auch die Anzahl der engagierten BürgerInnen zu. Des Weiteren sprechen die klassischen Informationswege (Bürgerversammlung) häufig immer die gleichen Personen an. Es gilt geeignete Wege zu finden, um unterschiedliche Bevölkerungskreise anzusprechen und die geeigneten Instrumente anzuwenden... und somit die Beteiligungschancen zu erhöhen (Stichwort „aufsuchende Beteiligung“). Und außerdem: eine begrenzte Anzahl an BürgerInnen einzubeziehen, ist immerhin besser als keine... Zumindest wurde den Menschen die Chance eingeräumt mitzuwirken. Das Argument „es wäre nicht mit den BürgerInnen gesprochen worden“, läuft dann ins Leere...

Bedenken 5: Die Fragestellungen sind heute zu komplex - sie überfordern die BürgerInnen

Auch komplizierte Sachverhalte lassen sich mit geeigneten Mitteln verständlich und nachvollziehbar aufbereiten. Darin muss eigentlich auch die Kunst eines guten Experten liegen.... Im Übrigen: viele Probleme auf kommunaler Ebene (Nahversorgung, Mobilität, Siedlungsentwicklung...) sind in erster Linie grundsätzlicher und weniger technischer Natur. Viele sogenannte fachliche „Sachzwänge“ sind eher vorgeschobene Argumente, um von einer Grundfrage abzulenken.

Bedenken 6: Bürgerbeteiligung führt zu längeren Prozeduren

Sicherlich: Beteiligung kann aufwendig und anstrengend sein. Aber: sie ist weitaus spannender als Streitigkeiten in der Endphase! Streitigkeiten, Polemiken am Ende eines Planungsprozesses sind häufig weitaus aufwendiger, stressiger und weitaus weniger produktiv als eine Beteiligung. Beteiligung kann helfen zu vermeiden, dass falsche Planungswege eingeschlagen werden, durch Proteste Blockaden entstehen usw. mehr. Eine gut organisierte Beteiligung verkürzt durch eine höhere Akzeptanz und eine direkte Mitwirkung eher Planungszeiten.

Bedenken 7: Konflikte werden trotzdem nicht aus der Welt geschaffen

Unterschiedliche Werteanschauungen, Interessen und Standpunkte können durch die Bürgerbeteiligung nicht gänzlich aus der Welt geschaffen werden. Jedoch: der Austausch von Argumenten - Sichtweisen und auch Zwängen erlaubt es die Perspektive des „Anderen“ einzunehmen, Verständnis dafür zu entwickeln und zumindest teilweise zu einem Konsens zu gelangen.

Bedenken 8: Investoren werden durch Bürgerbeteiligung „abgeschreckt“

Planer, Investoren brauchen Sicherheit und Akzeptanz für ein Projekt. Bürgerbeteiligung erhöht beides!



Vielfalt der Beteiligungsformen nutzen

Es bieten sich sehr unterschiedliche Instrumente der Bürgerbeteiligung an. Wenn die grundsätzlichen Fragen geklärt sind, warum und wen man beteiligen will, finden sich auch die geeigneten Techniken dazu.

Im Folgenden seien einige der gängigeren Formen dargelegt, exemplarisch für andere. Bitte beachten: die Reihenfolge der eingesetzten Instrumente ist wichtig! Z.B. kann eine Auftaktveranstaltung für die Motivierung von Bürgerinnen zur Teilnahme am Prozess wichtig sein...

Empfehlenswert ist, einen gewissen Mix an Instrumenten einzusetzen, das auch die Zugänge unterschiedlicher Bevölkerungskreise erleichtert (z.B. von Jugendlichen, älteren Menschen, anderssprachigen BürgerInnen).

Alle Formen der Beteiligung zu erwähnen würde den Rahmen dieser Publikation sprengen. Sie finden Infos darüber auf den Internetseiten www.gemenewalen.lu bzw. www.meco.lu und in der Mediathek "Oekobib" des Oekozerter Pafendall.

Die Basis: Eine gute Information via Internet, Pressearbeit, „Gemegebuet“...

Eine gute Informationspolitik ist das "A" und "O", es gilt die Vielfalt der Mittel zu nutzen, z.B.:

- Eine Information mittels Internet ist elementar. Dabei sollte u.a. kontinuierlich über die Fortentwicklung des Prozesses informiert und alle Basisdaten veröffentlicht werden (mehrsprachig);
- eine regelmäßige Berichterstattung via Presse, „Gemegebuet“, ggf. in Mitgliedszeitschriften von lokalen Vereinen sollte ebenfalls gewährleistet werden.

Veranstaltungen rund um das Thema / „Events“

Veranstaltungen in einem kulturellen Rahmen, in denen über das Projekt informiert bzw. zwanglos gesprochen werden kann, stellen einen anderen Zugang zum Thema dar. Derartige Veranstaltungen können z.B. zum Beginn eines Prozesses stattfinden (um somit auch „Stimmung“ für ein Projekt zu machen und ggf. das Interesse an einer Beteiligung zu erhöhen). Dieses Instrument erlaubt vielleicht keinen strukturierten Austausch, allerdings ein Begegnen von vielen Menschen sowie einen weniger zielorientierten Zugang.

Interviews mit Schlüsselpersonen, Organisationen, Interessenvertretungen...

Gespräche mit Schlüsselpersonen sind zudem sinnvoll. Je nach Projekt gibt es immer Menschen, die sich aufgrund ihres Berufs, ihrer Bildung, ihrer Rolle in der Gemeinde, ihres Hobbys ... besonders gut auskennen.

Das Gleiche gilt für Vereinigungen / Interessenvertretungen. Dieses Instrument birgt den Vorteil eine gewisse Tiefenschärfe zu gewährleisten sowie verschiedene Standpunkte kennenzulernen, dabei ist jedoch der Austausch zwischen den Akteuren nicht gewährleistet. Deshalb ist eine gute Dokumentation notwendig und das Einbringen der gewonnenen Erkenntnisse in einen breiteren Diskussionsprozess. Man kann derartige Interviews übrigens auch in Kurzform gestalten: Warum nicht bei einem Mobilitätskonzept Personen an einer Bushaltestelle über ihre Verbesserungswünsche am öffentlichen Transport befragen?

„Workshops“

„Workshops“ sind klassische Veranstaltungen, bei denen sich kleinere Gruppen (Fachleute, BürgerInnen....) mit begrenzter Zeitdauer intensiv mit einem Thema auseinandersetzen. Es ist wichtig, dass - neben der notwendigen Information - vor allem auch die Möglichkeit zu einer realen ggf. kontradiktorischen Diskussion gegeben ist.

Fachforen zu Schlüsselfragen

Bürgerbeteiligung heißt auch, Fachpersonen einen Stellenwert einzuräumen. Deshalb spricht vieles dafür, zu zentralen Fragen auch Fachforen zu organisieren, in denen sich Fachleute austauschen, z.B. über kulturhistorisch schützenswerte Areale, die Mobilitätssituation einer Gemeinde u.a.m.

Ortsbegehungen / Stadtteilspaziergänge

Ortsbegehungen zu einem bestimmten Projekt, erlauben es unterschiedliche Bevölkerungskreise anzusprechen und das Projekt in einem räumlichen Zusammenhang zu sehen. Dies erleichtert vielfach die Mitsprache, weil man sich „vor Ort“ anschaulicher und dadurch auch motivierender mit einer Sache auseinander setzen kann. Zudem können hier auch das Wissen, die Ängste, die Vorstellungen von Anwohnern sehr konkret eingebracht werden.

Bürgerwettbewerbe, Zukunftskonferenzen, kreative Workshops sind weitere interessante Instrumente.

Es gibt eine schier unübersehbare Vielzahl von Kommunikationsformen. Die Kunst besteht darin, sie passend zu Inhalten und Aufgaben auszuwählen ... und in eine längere Kommunikationsstrategie nachhaltig einzubinden (Keine „Strohfeuer“ oder „Feuerwerke“)

Es gibt viele Praxisbeispiele und Erfahrungen mit der Anwendung dieser Kommunikationsformen. Aber kein „Modell“ lässt sich einfach „umtopfen“. Es müssen vor Ort die passenden Lösungen entwickelt werden. Erfahrungen andernorts können dazu wichtige Impulse geben.



Charte communale d'information et de participation citoyenne

Proposition de délibération du conseil communal concernant la politique d'information et la participation citoyenne

Considérant

qu'une bonne information et une large participation citoyenne

- constituent des éléments importants de la politique communale et sont essentiels pour une démocratie du 21^{ème} siècle;
- permettent de renforcer le dialogue dans la commune, autant entre responsables politiques et citoyen(ne)s, qu'entre les différents groupes de la population et de promouvoir dans ce contexte les liens sociaux;
- permettent de profiter de l'expérience et du know-how des citoyen(ne)s notamment dans le cadre de la planification harmonieuse du territoire et de l'offre communale en matière de services et d'infrastructures;
- permettent, par l'expression et la compréhension mutuelle des différents points de vue, la recherche de solutions consensuelles respectivement la prévention ou la réduction de conflits d'intérêts éventuels et
- contribuent à faire émerger des groupes porteurs de projets innovateurs.

Le conseil communal s'engage

- à faire - au-delà des strictes obligations légales - de la participation citoyen/ne une philosophie de base pour la gestion communale et à instaurer une réelle culture participative;

en relation avec l'information des citoyen(ne)s

- à assurer une politique d'information proactive, par le biais notamment
 - d'un site internet régulièrement actualisé et informant aussi largement que possible notamment sur les dossiers actuels dans la commune, les procédures publiques, les séances des conseils communaux et les activités des commissions consultatives - les documents disponibles étant rendus publics;
 - d'un bulletin communal paraissant régulièrement, informant de façon générale sur les dossiers politiques en cours et traitant les projets concrets avec, le cas échéant, les arguments des différents acteurs en cause;
 - d'un service d'information communal par courriel auquel les citoyen(ne)s peuvent s'abonner;
 - la désignation d'interlocuteurs à l'intention des citoyen(ne)s pour les divers dossiers;
 - de la mise à disposition des dossiers et études dont dispose la commune;

- à répondre dans les meilleurs délais aux demandes d'information adressées par les habitants à l'administration communale et d'assurer la mise à disposition de copies de documents;

en relation avec le soutien à l'émergence et au suivi de projets citoyens

- à désigner un interlocuteur / une interlocutrice au niveau de l'administration communale au service de tout/e citoyen(ne) désireux/se de réaliser un projet au niveau local et nécessitant un soutien communal. La commune s'engage à soutenir dans la mesure du possible ces initiatives et projets citoyen(ne)s;

en relation avec la participation citoyenne

- à mettre en place des commissions consultatives et à y associer des citoyen(ne)s – ceci après publication d'un appel public - ainsi qu'un conseil communal pour enfants et jeunes;
- à assurer ainsi une large participation citoyen/ne, ceci autant pour des projets communaux ponctuels que dans le cadre de la planification du développement général de la commune. La commune s'engage à respecter dans ce contexte les critères de base pour une bonne participation citoyenne et assure:
 - * les moyens financiers et humains nécessaires à la préparation, au déroulement et au suivi du processus de participation citoyen/ne;
 - * une modération indépendante du processus, en ayant recours, le cas échéant, à une tierce partie qualifiée dans le domaine de la participation citoyenne;
 - * un cadre clair et adéquat pour le processus (finalités, choix approprié de la forme de participation, intervention à un stade précoce de la planification, transparence du suivi, ...);
 - * un respect – dans toute la mesure du possible – des résultats du processus participatif, tout en respectant les prérogatives du conseil communal;
 - * une démarche inclusive en associant les différents groupes de population par des méthodes appropriées;
 - * une continuité dans le processus participatif notamment par le biais d'une information relative à l'évolution du dossier, un échange continu entre les acteurs ainsi qu'à l'argumentation retenue par le conseil communal dans sa décision finale.